

Wieder einmal sollen die Rentner den Kopf hinhalten:

Belastung durch höheren Pflegebeitrag

Die Berliner Koalition aus Union und SPD schlägt wieder zu: Diesmal soll der Beitrag zur Pflegeversicherung um 0,5 Prozentpunkte auf 2,2 Prozent erhöht werden. Damit die so genannten „Lohnnebenkosten“ nicht zu sehr steigen, soll der Arbeitslosenbeitrag von derzeit 4,3 Prozent „unter vier Prozent“ sinken.

Angeblich sei die vorgesehene Reform der Pflegeversicherung ohne diese Erhöhung nicht machbar. In Wirklichkeit bringt auch die neuerliche „Reform“ nur Murks und belastet wiederum allein die Versicherten. Während beschäftigte Arbeiter und Angestellte bei einer Senkung des Alo-Beitrages wenigstens einen geringen Ausgleich für die höheren Pflegebeiträge erhalten, sind die wahren Nutznießer nur bei den Unternehmern zu finden. Ihnen bringt die Senkung des Arbeitslosenbeitrages einen zusätzlichen Gewinn in die Kasse.

Hart getroffen werden jedoch Millionen Rentner/innen in Deutschland. Sie haben nichts von einer Entlastung bei den Alo-Beiträgen und da der Pflegebeitrag von den Rentenbeziehern alleine aufgebracht werden muss, trifft sie die vorgesehene Anhebung um 0,5 Punkte mit aller Wucht.

Wenn diese Regierungs-Pläne realisiert werden, geht es für unzählige Rentner/innen noch schneller in Richtung Altersarmut. Dabei ist die Lage schon jetzt alarmierend:

Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat erst jüngst vor einem Anstieg der Altersarmut in Deutschland gewarnt. „Deutschland liegt innerhalb der OECD an letzter Stelle“, heißt es in der Studie. Das Renteniveau in der BRD ist unter den Durchschnitt der Industriestaaten gerutscht, ein Armutszeugnis für die Politik in Deutschland!

Püttlinger Gesundheitspfad eröffnet



Hier, am Ende der Behringstraße im Wohngebiet Heidknüppel, beginnt der „Püttlinger Gesundheitspfad“, der am 27. Juni im Beisein vieler Gäste eröffnet wurde. Die DKP, die die Einrichtung dieses Rundwanderweges im Jungewald ausdrücklich begrüßt, war durch den Fraktionsvorsitzenden vertreten.



Vorsitzender Artur Moses nahm am diesjährigen Früh-Linksfest der DKP an der Fischerhütte teil. Die Redaktion führte ein Gespräch mit ihm, worüber wir auf Seite 5 berichten.

DKP sagt Nein zu Erhöhung:

Kindergärten werden teurer

Auch Kleinvieh macht Mist. Nach dieser Devise erhöht die Stadt Püttlingen die Elternbeiträge für den Besuch der städtischen Kindergärten. Ab 1. August steigen die Gebühren zwischen 50 Cent und 1,50 Euro pro Kind, je nachdem ob es sich um einen Ganztagsgruppenplatz, Regelgruppenplatz oder Hortplatz handelt. Diese Anhebung ist - im Vergleich zu früheren Jahren - relativ gering, dennoch wollte die Stadt auf die Erhöhung nicht verzichten, weil es angeblich keinen Ermessensspielraum gibt und die Verwaltung gezwungen sei, die Höchstgrenze der Beiträge voll aususchöpfen.

Während die übrigen Parteien diese „Sachzwänge“ abnickten, votierte die DKP mit Nein. Hier ging es nämlich um eine politische Entscheidung und die lautet: Kindergärten müssen im vorschulischen Bereich zum Bildungssystem gehören und damit kostenfrei sein. Im Übrigen hat die CDU vor der vorletzten Landtagswahl diesbezügliche Versprechen gemacht, die leider nur teilweise eingelöst wurden.

**Eine Mitkämpferin
der ehemaligen Schwester
Theodolinde Katzenmaier
ist verstorben**

Lesen Sie dazu auf Seite 6

So darf es nicht weitergehen:

Deutsche Beteiligung an Auslandseinsätzen kostet viel Geld und Menschenleben

Unlängst meldeten die Medien: Drei tote Bundeswehrsoldaten in Afghanistan. Es sind nicht die ersten, die ihr Leben lassen mussten und es werden nicht die letzten sein. Denn die Bundesregierung hält eisern an dem Einsatz fest, den sie als „Mission im deutschen Interesse“ deklariert.

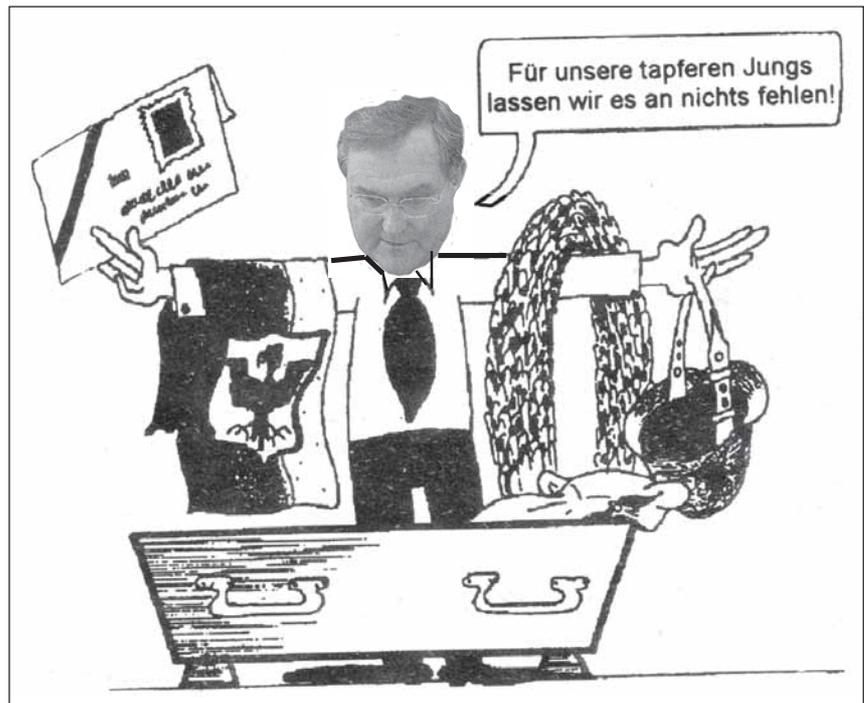
Nun ist es schon sechs Jahre her, dass die Bundeswehr ihren Einsatz im jugoslawischen Mazedonien absolvierte, damals einen weiteren Schritt hin zu regelmäßigen Kampfeinsätzen unternahm und damit vorsätzlich und rücksichtslos gegen Grundgesetz und Völkerrecht verstoßen hat.

Inzwischen ist es schon alltäglich, dass deutsche Soldaten weltweit in Kriegseinsätzen unterwegs sind. Dabei ist der Soldatentod eiskalt einkalkuliert. So sind bislang schon 2.600 Bundeswehrsoldaten „im Dienst“ getötet worden (SZ vom 14.6.07). Dennoch wollen die neoliberalen Pateien und ihre Große Koalition nicht von der als „Friedensdienst“ kaschierten Kriegsbeteiligung

Gegenwehr notwendig

Die kapitalistische Globalisierung hat die Lage der Menschheit dramatisch verschlechtert. Hunger, Armut, Kriege und menscheitsgefährdende Klima- und Umweltveränderungen nehmen zu. Dreh- und Angelpunkt der neoliberalen Wirtschaftspolitik ist die Profitmaximierung. Dafür werden Kriege wie in Afghanistan geführt und „deutsche Interessen am Hindukusch verteidigt“. Dafür werden Arbeitsplätze vernichtet, Lebensperspektiven und Träume zerstört. Dafür wird sogar die Existenz der Gattung Menschheit und die Natur dieses Planeten bedenkenlos aufs Spiel gesetzt.

Um diese Entwicklung zu verhindern, bedarf es der Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Kräfte, um den Untergangskurs des transnationalen Kapitals zu stoppen.



Wenn es um die Bundeswehr geht, ist „unserem“ Kriegsminister Franz Josef Jung nichts zuviel. Jetzt will er sogar ein 2,5 Millionen Euro teures Ehrenmal für die gefallenen Soldaten errichten lassen.

abgehen: „Es darf nichts an dem Auftrag geändert werden“ war die Reaktion des Militärministers Jung (CDU), als die Hiobsbotschaft vom Tod der bereits erwähnten drei Soldaten die Runde machte. Ein Rückruf der deutschen Truppen sei für ihn undenkbar, dafür denke er an ein nationales Ehrenmal für die in den Auslandseinsätzen Gefallenen. Welcher Hohn für die den Kapitalinteressen eingepflanzten Opfer!

Ihr Tod ist „der unvermeidbare Tribut“ der seit Jahren laufenden Auslandseinsätze. Er „ist der Preis dafür, dass Deutschlands Sicherheit am Hindukusch verteidigt wird. (...) Ein Ende ist nicht abzusehen (...) Das liegt an der Logik des gesamten Feldzugs“ (FAZ).

Der Afghanistan-Einsatz dauert nun schon fünfeinhalb Jahre und richtet unvermindert Tod, Elend und Chaos an. Schon vor dem Einsatz der Tornados hatte die Bundeswehr-Führung ganz Afghanistan zu ihrem Einsatzgebiet erklärt. Das kam dem Ziel des US-Kommandos entgegen, über alle in Afghanistan anwesenden ausländischen Truppen verfügen zu können.

Im Herbst steht nun eine Entscheidung des Bundestages über die Verlängerung des „Afghanistan-Mandats“ an. Aber die Weichen für eine Fortsetzung sind längst gestellt, diesen Krieg doch noch

mit militärischer Gewalt entscheiden zu wollen. Dabei weiß man genau, „das ist ein Engagement, das noch Jahre oder gar Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird“ (FAZ). Das wird nicht nur ungeahnte Menschenopfer und Zerstörungen kosten, sondern auch weitere riesige Finanzmittel verschlingen.

Seit 2002 wurden in Afghanistan etwa 85 Milliarden Dollar für Militärmaßnahmen, aber nur 7 Milliarden Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt. Deutschland hat für seine „Verteidigung am Hindukusch“ bereits weit über zwei Milliarden Euro verschwendet; das ist das Vielfache von den Aufwendungen für zivile Hilfsprojekte.

Angeblich geht es um den Kampf gegen Terrorismus. Dabei zeigt jeder Tag in Afghanistan: Krieg erzeugt Terror, Krieg selbst ist Terror. Deshalb wird auch die Forderung immer dringlicher: Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und aus allen Auslandseinsätzen. Es darf nicht dazu kommen, dass der Bundestag im September die Verlängerung des Mandats zum Krieg einfach durchwinkt.

pro+kontra

Herausgeber: Stadtorganisation d. DKP in Püttlingen · Verantw. f. d. Inhalt: Franz Hertel, Geisbergstraße 12 · Eigendruck

Was ist das doch für eine verrückte Zeit?

Zig-Millionen für Prunk und Protz, aber keine Bereitschaft für Mindestlöhne

Erinnern Sie sich an den Klima-Gipfel der G8-Staaten, der Anfang Juni in Heiligendamm stattfand und tagelang die Medien beherrschte? Was ist dabei herausgekommen?

Ein Schutzzaun von mehr als zwölf Kilometern Länge war um das Ostseebad Heiligendamm gebaut worden, um das Volk von den Gipfelteilnehmern fernzuhalten. Die Menschen hätten ja sehen können, wie die G8-Repräsentanten in Protz und Prunk geschwelgt haben, während dem Volk das Gürtel-engerschnallen gepredigt wird.

Allein dieser skandalöse Zaun hat über zwölf Millionen Euro verschlungen, ganz zu schweigen von den Kosten für 18.000 Polizisten, welche dieses riesige Spektakel tagelang bewachen mussten. Herausgekommen sind unverbindliche Absichtserklärungen zur Reduzierung der Treibhausgase. „Ins Auge gefasst“ wurde, den CO²-Ausstoß bis 2050 um mindestens die Hälfte zu senken. Konkrete Festlegungen gab es aber nicht. Wie dieses Ziel bis in 42 Jahren (!) erreicht werden soll, steht in Frage.

Viel Prunk und Protz für unverbindliche Sonntagsreden! Wen wundert es da, dass Tausende Demonstranten gegen die neoliberale Globalisierung mit ihren verheerenden Folgen protestierten und eine politische Umkehr forderten. Vor allem im Rüstungsbereich soll radikal reduziert und mehr für den Umweltschutz ausgegeben werden.

Davon wollen die Herrschenden auch in Deutschland nichts wissen. Zur Entlastung der Konzerne durch eine weitere Stufe der Unternehmenssteuerreform verzichtet der Staat auf (angeblich!) 5 Milliarden Euro jährlich, voraussichtlich sind es wesentlich mehr. Doch für z.B. die Modernisierung der Pflegeversicherung ist kein Geld da. Auch wenn es um die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne geht, damit ein Beschäftigter von seiner eigenen Arbeit leben kann, gibt es bei der Großen Koalition keine Bereitschaft.

Damit die Politik in Staat und Wirtschaft sich zum Wohle der Menschen entwickelt und nicht um des Profits für wenige Superreiche willen, ist es aus Sicht der Kommunisten notwendig, stärker über gesellschaftliche Alternativen zu diskutieren. Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, es gibt Möglichkeiten für eine neue Welt.

Deutschlandweite Ehrung für Kies- und Sandgrube Schmeer:

Nachhaltiges Bemühen um Ökologie

Bereits Anfang April wurden der Unternehmer Werner Schmeer (r.) und seine Tochter Anja vom gleichnamigen Betrieb am Püttlinger Dickenberg im Rathaus mit einem Empfang geehrt.

Die Firma war zuvor im Rahmen eines bundesweiten „Forums Kies und Sand 2007“ in Aachen vom Bundesumweltministerium mit dem 1. Preis ausgezeichnet worden. Damit wurde dem Unter-



Zu einem super „Fest der Solidarität“ wurde das 15. Pressefest der UZ (Wochenzeitung der DKP) am letzten Juni-Wochenende im Dortmunder Revierpark Wischlingen. Trotz Regen und Matsch kamen über 50.000 Besucher, um ein attraktives kulturelles und politisches Programm zu erleben. Besondere Begeisterung löste Konstantin Wecker aus, der das Fest als „Notwendigkeit“ begrüßte, um eine „Lücke in der Kultur“ zu schließen.



nehmen Schmeer offiziell bestätigt, dass es sich vorbildlich bemüht, den Kies- und Sandabbau verantwortungsbewusst zu betreiben. Dabei würden Umwelt und Ressourcen soweit wie möglich geschont und die Folgen des Eingriffs in die Natur ausgeglichen.

Bürgermeister Speicher betonte beim Empfang im Rathaus, dass die Firma Schmeer dem „Nachhaltigkeitsprinzip in den Bereichen Ökologie, Ökonomie & Soziales in besonderer Weise“ Rechnung trage, er sprach ihr den Dank der Stadt aus.

Jetzt will das Unternehmen das derzeitige Abbaugelände Hohberg erweitern, um den Bestand der Firma langfristig zu sichern. Die DKP hat bereits ihre Zustimmung signalisiert, denn „Kies und Sand werden immer gebraucht. Da ist es sinnvoll, die ortsnahen Rohstoffe zu nutzen, um lange Transportwege zu vermeiden“. Klar ist, dass dabei der Umweltschutz in diesem Landschaftsschutzgebiet verstärkt beachtet werden muss. Auf Grund bisheriger Erfahrungen mit der Firma, dürfte das aber wohl kaum Probleme bereiten.

Der Platz an der Fischerhütte erwies sich als vortreffliche Stelle zum zwanglosen Miteinander-Feiern:

Guter Zuspruch beim Früh-Linksfest der Püttlinger DKP

Nach vielen Fußball/Waldfesten im Espenwald und drei in den Vorjahren absolvierten Früh-Linksfesten an der Fischerhütte konnte eigentlich nichts mehr schiefgehen. Es war nur noch eine Frage des Wetters, ob das Fest gelingen würde oder nicht. Und weil die Sonne es gut meinte, wurde das vierte Früh-Linksfest zum vollen Erfolg.

Mehr als 150 Freunde, Bekannte und Mitbürger hatten den Weg ins Kessel-feld gefunden, um all das zu genießen, was im Programm geboten wurde. Dass dabei auch Freunde von der Feuerwehr waren, hat uns besonders gefreut. Wie schrieb der Reporter des ‚Öffentlichen Anzeigers‘ am 21. Juni dazu?:

„Die Präsenz der uniformierten Feuerwehrleute zeigte auf sympathische Weise, dass die DKP und ihr Hertel-Franz in Püttlingen keine Exoten sind, sondern seit ‚Menschengedenken‘ auf anerkannt konstruktive und kooperative Weise die Geschicke der Stadt mitlenken“. Dem kann man eigentlich nur beipflichten.

Uns hat es auch gefreut, dass mehr als ein halbes Dutzend Mitglieder der neuen Partei „Die Linke“ gekommen waren, um die Verbundenheit linker Kräfte zu unterstreichen. Ihre Püttlinger Vorsitzende deutete an, dass es vor allem um die Abwehr rechter Politik geht und dabei die CDU als erster Adressat gilt, ohne die anderen Mitschuldigen am Sozialabbau zu vergessen. Die Zusammenarbeit linker Kräfte sei wichtig.

Die DKP wertet es als positiv, wenn LINKE für die Interessen der schaffenden Menschen aktiv werden. Wir unterstützen die Meinung, dass Zusammenarbeit dabei sinnvoll ist.



Viele Besucher waren gekommen, auch solche, die nicht der Partei angehören, die jedoch wertschätzen, dass die DKP seit Jahrzehnten respektable Kommunalpolitik im Stadtrat vertritt. Auch der ehrenamtliche Behindertenbeauftragte der Stadt Püttlingen, Herr Sander (vorn), zählte zu den Gästen.



Bild oben: Natürlich kamen auch Freunde der Feuerwehr zu einer Stippvisite. Bild unten: Der Fanfarenzug Rot-Weiß Püttlingen-Köllerbach in Aktion.



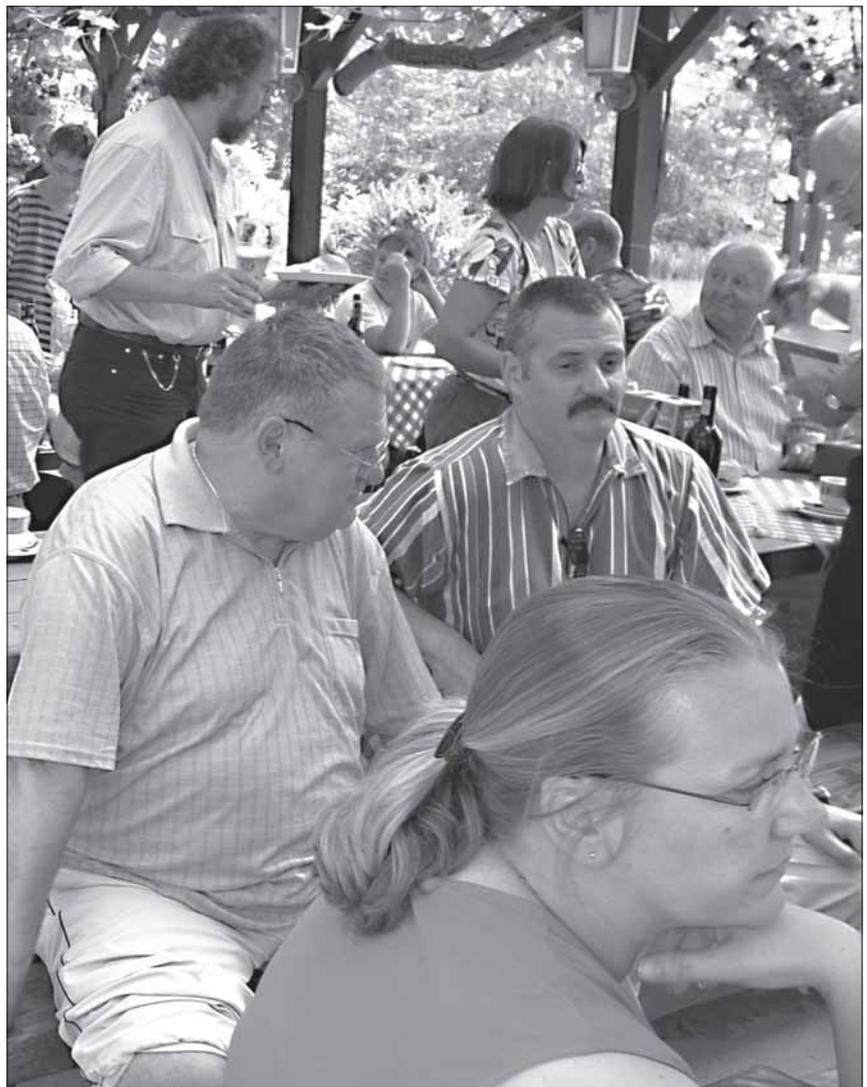
Bezirksvorsitzender Artur Moses:

Bei solchen Gelegenheiten spürt man, wie stark die DKP mit den Menschen dieser Stadt verbunden ist

Artur Moses (59) stammt aus St. Ingbert und ist seit 21 Jahren Bezirksvorsitzender der DKP, damit quasi der „Chef“ der Kommunisten im Saarland. Für ihn ist es selbstverständlich, dass er seine Freunde in der Köllertalstadt besucht, wenn wieder einmal eine größere Veranstaltung ansteht. So war es kein Zufall, dass Artur Moses (Foto: vorn links) auch beim vergangenen Früh-Linksfest die Gelegenheit nutzte, um sich mit Freunden und Besuchern zu treffen. Wir sprachen mit ihm über seine Eindrücke.

Artur Moses verwies zunächst auf die derzeitige Situation: „Wir leben in einer Zeit, in der es verstärkt darum geht, nach Wegen zu suchen, wie der reaktionären Politik des Kapitals und seiner Regierungen in Berlin und Saarbrücken stärkerer Widerstand entgegen gesetzt werden kann“.

Moses erwähnte in diesem Zusammenhang, dass zunehmend mehr Belegschaften zu Widerstandsaktionen gegen Sozialabbau und Arbeitsplatzgefährdung übergehen. Aber auch durch die Herausbildung der Partei ‚Die



Linke‘ werde unterstrichen, dass nichts so bleiben kann, wie es bislang war, wenn sich für die Menschen wirklich etwas Positives verändern soll“.

Bezüglich der Kommunisten unserer Stadt sagte der Bezirksvorsitzende: „Wer die Tätigkeit der DKP Püttlingen und dabei insbesondere das Wirken ihrer Vertreter im Stadtrat objektiv verfolgt, kann sicherlich nachvollziehen, dass für sie die bewährte Maxime ‚Wer sich nicht wehrt, der lebt verkehrt‘ im Vordergrund steht. Das ist gut so. Ich wünsche meinen Freunden auch weiterhin viel Kraft, in diesem Sinne aktiv zu sein“.

Von dem Fest selber war Artur Moses, dessen Enkelkinder mit dabei waren, sehr angetan. Während die Jüngsten mehr auf die vielen schönen Tombolagewinne fixiert waren und dafür um Nachschub fürs Taschengeld anhielten, war der Opa mehr an den Gesprächen interessiert. Davon gab es sehr viele. Und es ging dabei nicht nur um Alltagsprobleme. Vielfach wurden Fra-

gen nach der künftigen politischen Entwicklung gestellt. Da gab es dann große Nachdenklichkeit, wenn der Bezirksvorsitzende auf die Notwendigkeit des stärkeren Tätigwerdens in Betrieben und Gewerkschaften vor allem „von der Basis her“ verwies.

Das diesjährige Früh-Linksfest war ein Erfolg für die örtliche Parteiorganisation und für die Besucher ein angenehmer Tag, der wieder einmal gezeigt hat, wie gut man mit den Kommunisten feiern kann. Artur Moses fand es besonders beeindruckend, wie unvoreingenommen und zum Teil respektvoll die Besucher mit der DKP umgingen, obwohl viele mit der Partei nichts zu tun haben.

Was wäre eine Veranstaltung ohne die ehrenamtlichen Helfer, die für einen reibungslosen Ablauf sorgen? Das ginge gar nicht. Deshalb allen Beteiligten ein herzliches Dankeschön! Das gilt auch für den Fanfarenzug Rot-Weiß Köllerbach, der ebenfalls zum Erfolg des Festes beigetragen hat.

unsere zeit
Zeitung der DKP

uz
unsere zeit

uz unsere zeit

uz unsere zeit

Krieg ist Terror!

Unser Wertpapier
kommunistisch - informativ - wertvoll

Gedenken an die Antifaschistin Gertrud Müller aus Stuttgart-Feuerbach:

Eine Mitkämpferin der ehemaligen Schwester Theodolinde Katzenmaier ist verstorben

Im Juni 2000 hat der Stadtrat Püttlingen einstimmig beschlossen, die etliche Zeit in unserer Stadt tätige Schwester Theodolinde Katzenmaier für ihr antifaschistisches Engagement mit dem Ankerkreuz in Gold auszuzeichnen. Leider konnte Frau Katzenmaier diese Ehrung nicht mehr erleben, weil sie inzwischen verstarb. Deshalb wurde die postume Verleihung der Auszeichnung im März 2001 während einer Feierstunde in der Stadthalle vorgenommen.

Die Stadt würdigte mit dieser Ehrung vor allem den mutigen und entschlossenen Widerstand der Schwester Theodolinde als Seelsorgerin in der Pfarrei St. Bonifatius (1942/1943), während der Verhaftung und den Verhören durch die Gestapo sowie in der Zeit der Internierung im KZ Ravensbrück (1943/1945).

Frau Katzenmaier hatte mit ihrem damaligen Engagement auf der Ritterstraße und der mutigen Haltung gegenüber Terror und Willkür der Nazi-herrschaft ein wichtiges Zeichen gesetzt. Ein Zeichen des Mutes und der Unerschrockenheit, ein Zeichen der Ehrlichkeit und Selbstlosigkeit und schließlich auch der Weitsicht, dass es einem System von Willkür und Menschenverachtung niemals gelingen kann, sich auf Dauer zu etablieren.

Zu der Feierstunde in der Stadthalle kamen neben einer Vertretung des Konvents des Benediktinerinnen-Kosters Freiburg-Günterstal, dem Frau Katzenmaier bis zuletzt angehört hatte, auch die Überlebende des KZ Ravensbrück, Gertrud Müller. Über viele Jahre hinweg

arbeitete Frau Katzenmaier in der ‚Lagergemeinschaft des ehemaligen KZ Ravensbrück‘ mit Gertrud Müller und vielen anderen Antifaschistinnen vertrauensvoll zusammen, damit sich die Grauen der Vergangenheit nicht wiederholen sollten.

Eine wichtige Zeitzeugin und unbeugsame Kämpferin ist nicht mehr

Am 25. Mai starb nun Gertrud Müller im Alter von 91 Jahren. Sie hat mit ihrem Beispiel jahrzehntelang Mut gemacht, hat vorgelebt, was es bedeutet als Kommunistin dem deutschen Faschismus Widerstand zu leisten, die Torturen von Gestapo-Haft und Frauen-KZ Ravensbrück zu überstehen und trotzdem ihren unerschütterlichen Standpunkt zu behalten.

Als Kind einer Arbeiterfamilie 1915 in Stuttgart-Feuerbach geboren, lernte sie schon im Schulalter die Not kennen. Als



17-Jährige wurde sie 1933 zum ersten Mal verhaftet, weil sie dem kommunistischen Jugendverband angehörte; ein zweites Mal, weil sie ihrem Freund und späteren Mann ins Gefängnis schrieb, dass Hitler mit der Aufrüstung beginne. Als sie 1942 mit ihrem Mann und einem Freund versuchte, hungernden russischen Zwangsarbeiterinnen heimlich etwas Essen über den Zaun zuzustecken, wurde sie von einem Wachposten erkannt und verraten. Es folgten endlose Gestapoverhöre, 13 Monate Einzelhaft im Gefängnis Bad Cannstatt, das „Arbeitserziehungslager“ Rudersberg und schließlich das KZ Ravensbrück. Ihre Befreiung erlebte Gertrud am 30. April 1945 in einem Außenlager des KZ Dachau. Sie kehrte nach Stuttgart zurück. Gertrud Müller wurde wieder berufstätig, trat der KPD bei, wurde Gründungsmitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

In den Jahren 1960 / 1961 gehörte Gertrud Müller zu den Mitbegründerinnen der Lagergemeinschaft Ravensbrück. Von 1979 bis 1997 war sie Vorsitzende und seitdem Ehrenvorsitzende der Lagergemeinschaft. Sie war Vizepräsidentin des Internationalen Ravensbrück-Komitees und Redakteurin der Zeitschrift „Ravensbrücker Blätter“.

In zahlreichen Vorträgen vor Schulklassen, bei alternativen Stadtrundfahrten, Podiumsdiskussionen, in Volkshochschulen, Seminaren, bei Gewerkschaften und Kirchen, als Rednerin auf Kundgebungen und Demonstrationen warnte Gertrud Müller vor dem Wiedererstarken des Faschismus.

Dieses Wirken bleibt unvergessen: Die Christin Schwester Katzenmaier und die Kommunistin Gertrud Müller mahnen uns, die Lehren der Vergangenheit niemals zu vergessen.



Unser Bild zeigt Gertrud Müller (mitte) während der Ausstellung „Frauen im Konzentrationslager Ravensbrück“ am 25. März 2001 im Püttlinger Schloßchen, zusammen mit dem DKP-Fraktionsvorsitzenden und seiner Frau Ruth.



Ein gutes Verhältnis pflegt die DKP-Stadtratsfraktion zu den örtlichen Sportvereinen. Deshalb war es kein Zufall, dass Franz Hertel am 10. Juni an den „Tagen der Jugend“ auf dem Sportplatz Jungenwald teilnahm. Im Beisein des 1. Vorsitzenden Ewald Raubuch (r.) und dessen Stellvertreter Thomas Groß (l.) überreichte der DKP-Fraktionsvorsitzende an die Jugendleiterin Margret Schmitt (2. v.l.) zwei Fußballbälle für die Jugendmannschaften des FV 08.

SF Köllerbach steigen nach glanzvollem Sieg in die Oberliga auf:

Regionalverband legt Steine in den Weg

Die Sportfreunde Köllerbach haben eine so hervorragende Saison hinter sich gebracht, dass der Aufstieg in die Oberliga vollauf gerechtfertigt ist und von den Sportbegeisterten freudig begrüßt wird. Jedoch wird die Freude jetzt getrübt, denn der Regionalverband will die Austragung von Heimspielen auf dem Kunstrasenplatz an der Burg Bucherbach nicht gestatten.

Die Vereinsführung der SF Köllerbach ist verständlicher Weise sauer, zumal ihr noch Anfang des Jahres signalisiert wurde, dass es keine Probleme geben werde. Die Entscheidung des Regionalverbandes wirkt wie ein Faustschlag ins Gesicht der Sportfreunde. Aber die wollen die Entscheidung nicht hinnehmen, denn die Austragung von fälligen Oberliga-Heimspielen auf



einem fremden Platz würde den Verein in den Ruin treiben. Dagegen ist jetzt breiter Widerstand angesagt. Das wurde auch bei der Meisterschaftsfeier deutlich, die am 22. Juni im voll besetzten Vereinshaus Köllerbach durchgeführt wurde. Alle Redner betonten unisono, dass sie kein Verständnis für die Entscheidung des Regionalverbandes Südwest haben und die Gestattung der fälligen Heimspiele auf dem Kunstrasenplatz an der Burg ausdrücklich verlangen.

Auch Franz Hertel, der die Glückwünsche der DKP-Stadtratsfraktion zum Aufstiegserfolg überbrachte, versicherte den Sportfreunden seine volle Solidarität. Er verwies auf die enormen Leistungen des Vereins beim damaligen Bau des Kunstrasenplatzes. Da sei es eine Schande, jetzt den Platz nicht benützen zu dürfen. Die DKP wolle alles unterstützen, dass es nicht dazu komme.

Kurz und knapp

Sein fünfzigjähriges Bestehen konnte der Angelsportverein Püttlingen vom 22. bis 24. Juni an der Weiheranlage im Kesselfeld begehen. Massen von Besuchern waren trotz zeitweise einsetzenden Regenschauern gekommen, um mit dem renommierten Verein zu feiern. Ein besonderes Ereignis war der Kommerz am Freitagabend, bei dem eingeladene Gäste ihre Grußworte überbrachten und Ehrungen verdienter Mitglieder vorgenommen wurden. Der DKP-Sprecher wünschte dem Verein namens seiner Fraktion weiterhin eine erfolgreiche Arbeit.

*

Erstklässler der Pater-Eberschweiler-Schule haben gemeinsam mit Lehrern, Eltern und Freunden in einer Gemeinschaftsaktion das Klassenzimmer von Grund auf renoviert. So sehr den Kindern ordentliche Räumlichkeiten zu wünschen sind, so fragwürdig ist, dass der Schulträger dazu offensichtlich nicht in der Lage war. Deshalb ist es auch gut, dass die Elternsprecherin Elke Rehr jetzt im *Öffentlichen Anzeiger* die Bedenken der helfenden Eltern auf den Punkt gebracht hat:

„Hoffentlich bringt diese Selbsthilfeaktion unsere Politiker nicht auf den falschen Gedanken, dass dies jetzt Schule machen könnte und dass fortan das Renovieren der schulischen Klassenzimmer zur Aufgabe der Eltern wird. Das Verbessern der PISA-Ergebnisse hatten wir Eltern uns eigentlich anders vorgestellt“.

*

Das 125-jährige Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr hat mit einem Festabend im riesigen Festzelt auf dem Burgplatz, mit der Jahreshauptübung und einem großem Festumzug seinen Höhepunkt gefunden. Auch die DKP, die sich an der Stiftung der neuen Vereinsfahne finanziell beteiligte, spricht der Feuerwehr Dank und Anerkennung für ihre Leistungen aus; sie wünscht weiterhin erfolgreiches Wirken im Dienste der Bürger unserer Stadt.

DKP gegen Vermarktung der ehemaligen Grundschule am Bahnhof:

Freizeit- und Begegnungszentrum für die Senioren als Alternative

Der Stadtrat will die ehemalige Grundschule Viktoria am Bahnhof Püttlingen verscherbeln. So hat es eine Mehrheit aus CDU, SPD und FDP am 23. Mai beschlossen. Nur die DKP stimmte mit Nein und beantragte, auf den Verkauf der Schule zu verzichten und stattdessen ein „Freizeit- und Begegnungszentrum für die Seniorinnen und Senioren der Stadt Püttlingen“ (Foto) einzurichten.

Leider konnte sich die DKP mit ihrem Vorschlag nicht durchsetzen. Die übrigen Parteien argumentierten, in Püttlingen gebe es keinen Bedarf für eine solche Einrichtung, außerdem seien die Kosten für einen Umbau viel zu hoch. Ihrer Ansicht nach sollen durch den Verkauf der Schule eine finanzielle Entlastung der Stadtkasse erreicht und möglicherweise sogar Arbeitsplätze geschaffen werden, wenn es gelinge, eine entsprechende Firma für das Gebäude zu interessieren.

Die DKP bedauert, dass ihre Idee vom Stadtrat abgeschmettert wurde. Dennoch will die Fraktion nicht klein beigeben. In einem neuerlichen Antrag verlangt die DKP, dass eine Machbarkeitsstudie für ein ‚Haus der Senioren‘ in Auftrag gegeben werden soll. Vielleicht ergibt sich dadurch irgendwann einmal die Möglichkeit, ein solches Projekt an geeigneter Stelle beispielgebend für unsere Region zu realisieren.



Treff- und Mittelpunkt für die ältere Generation

Schon heute ist jeder fünfte Bürger unserer Stadt älter als 65 Jahre. Voraussagen gehen davon aus, dass im Saarland bis 2030 die Zahl der über 65-Jährigen um 32 Prozent zunehmen wird, während sich die Zahl der unter 18-Jährigen um 30 Prozent verringert. Diese Entwicklung kann nicht auf Dauer ohne entsprechende Konsequenzen bleiben. Wir sind gefordert, uns mit der Tatsache eines wachsenden Anteils älterer Mitbürger auseinander zu setzen.

Bekannt ist, dass es die Großfamilie alter Prägung nicht mehr gibt. Immer mehr ältere Menschen leben alleine, oftmals sind die Kinder aus beruflichen Gründen weit von zu Hause weg. Problematisch wird es, wenn einer der Ehepartner verstirbt und der/die

Zurückgebliebene dann mitunter ziemlich isoliert ist. Nicht jeder ältere Mensch will sich dann irgendwo fest organisieren. Mal ist es die konfessionelle Gebundenheit kirchlicher Vereine, die von den Betroffenen abgelehnt wird, in anderen Fällen reicht es ihnen nicht aus, nur einmal im Monat an einem Kaffeemittag teilzunehmen und auf weitergehende Ansprüche verzichten zu müssen.

Wir Kommunisten halten es für sinnvoll, auf längere Sicht ein „Freizeit- und Begegnungszentrum für die Seniorinnen und Senioren der Stadt Püttlingen“ einzurichten, das zu einem Mittelpunkt für die stärkere Selbstverwirklichung unserer älteren Mitbürger werden könnte.

Wir stellen uns eine Einrichtung vor, die neben einer Cafeteria und einem größeren Veranstaltungsraum auch genug Räumlichkeiten bietet, die sich für Interessengruppen und Arbeitsgemeinschaften eignen. Dieses Seniorenhaus müsste täglich geöffnet sein und die Möglichkeit bieten, sich in der Cafeteria oder einem Leseraum auch mal über längere Zeit aufzuhalten. Ein gut durchdachtes Programm müsste entwickelt werden, um mit Vorträgen, Lesungen, Diskussionen und Mitmach-Aktivitäten die Besucher zu interessieren.

Klar ist, dass eine solche, möglichst auch Generationen übergreifende Einrichtung nicht ohne Unterstützung durch Sozialarbeiter zu betreiben ist. Das ist jedoch allemal besser, als die Menschen erst dann zu betreuen, wenn sie bettlägerig sind und sich gar nicht mehr helfen können. Wir wissen, dass dieser Vorschlag mit Kosten verbunden ist, aber es würde sich dennoch lohnen.

Ein Beispiel

Das nebenstehende Faksimile stammt von einem Beitrag aus dem „AWO-Durchblick“, der am 2.6.07 als SZ-Beilage erschienen ist. Dort wird berichtet, dass in Homburg-Erbach seit

einem Jahr ein so genanntes „Mehrgenerationenhaus“ existiert, in dem sich neben Seniorinnen und Senioren auch Jugendliche, Vereine, Verbände und Familien treffen.

In diesem ‚Haus der Begegnung‘ finden täglich Veranstaltungen, Sitzungen oder feste Treffs statt. Das Haus



wird von der AWO getragen und genießt die offizielle Förderung durch Bundesmittel.

Warum soll es in Püttlingen nicht möglich sein, eine ähnliche Einrichtung zu betreiben? Wir sind dafür, die Möglichkeiten für ein ‚Haus der Senioren‘ zu prüfen.